

Irene Vogel zu den Haushaltsbeschlüssen - Bereich Schule und Bildung

Es ist erfreulich, dass wir aufgrund der guten finanziellen Situation der Stadt und der absehbar noch besseren Steuerentwicklung viele wichtige Vorhaben für Bildung und Betreuung von Kindern auf den Weg bringen können.

An erster Stelle sei genannt der heutige Beschluss in Höhe von 16,4 Mio. Euro über den Ausbau der **Adolf-Reichwein-Schule zur Ganztagschule**, sowie den Neubau des Schulkindergartens Haus Weingarten mit einer weiteren 2-gruppigen Kita auf dem Campus der Grundschule zeitgleich zu erstellen. Dies ist einhelliger Wunsch des Gemeinderats und macht auch Sinn, weil damit die Baukosten gesenkt werden können und das Gelände um Haus Weingarten früher für Wohnbau zur Verfügung steht. Das Wichtigste daran aber ist für unsere Unabhängigen Listen, dass die ARS zur Ganztagsgrundschule werden kann. Damit schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass diese Kinder, die in einem der einkommensärmsten Stadtteile Freiburgs leben und zu 90 % aus benachteiligten Migrantenfamilien kommen, besser gefördert werden. Über die formale Bildung hinaus erhalten sie somit einen vom Elterneinkommen unabhängigen Zugang zu vielfältigsten Angeboten, für die Mittelschichts-Familien in Freiburg viel Geld ausgeben müssen. Denn gute Bildung braucht eben mehr als die Schulfächer der Regelschulen bieten. Damit werden wir in Weingarten zumindest ein bisschen mehr Chancengleichheit herstellen...

Dazu gehört auch der heutige Beschluss über 3,5 Mio. Euro für die Erweiterung der **Pestalozzi-Grundschule**, die durch die Bebauung von Gutleutmatten notwendig werden wird; ebenso wie den Beschluss über 220.000 Euro, die Planung zur Sanierung der **Max-Weber-Schule** anzugehen. Wir hoffen auch darauf, dass es heute noch eine Mehrheit geben wird für den Beschluss eine Cafeteria für die **Schönbergerschule** zu planen, damit auch diese Schule früher zur Ganztagsgrundschule werden kann.

Schwer zu akzeptieren ist für die UL, dass wir in diesem Doppelhaushalt wohl keinen Einstieg finden werden in die Sanierung des **Lycée Turenne- Westflügels**, der seit Jahrzehnten schon unbenutzbar ist, während die angrenzenden Emil-Thoma- Schulen ebenso wie das darin befindliche Walter-Eucken- Gymnasium und die Richard-Mittermayer-Schule großen Raumbedarf haben, der im Westflügel und der angrenzenden Halle locker befriedigt werden könnte.

Die Staudinger Gesamtschule hat nun lange genug auf eine Sanierung warten müssen, sie ist die letzte der Asbest belasteten Schulen. Heute beschließen wir nach Lage des Gutachtens keine Sanierung, sondern 8 Mio. Euro für die Planung eines Neubaus und geben damit den Startschuss für einen Baubeginn Ende 2018 und eine Investition von rund 90 Mio. Euro.

Im pädagogischen Konzept der Schule ist der Werkspielplatz und das darauf befindliche Haus nicht wegzudenken, deshalb folgen wir mit unserem interfraktionellen Antrag gerne dem Wunsch der Schule, dessen Erhalt in die Ausschreibung des Mehrfachwettbewerbs aufzunehmen. Unsere Fraktion wird sich auch im Preisgericht dafür einsetzen.

Investitionen in Schulbauten sind aber nicht Alles. Um Kinder und Jugendliche zu fördern, braucht es vor allem auch „Beziehungsarbeit“ und Menschen, die diese Beziehungen knüpfen und fördern. Wie in der **Schulsozialarbeit**. Wir beschließen heute auch deren Ausbau mit weiteren 700 T€ und das Ziel, sie bis zum Schuljahr 2017/18 flächendeckend für alle Schularten einzuführen. Erst dann werden alle Grundschulen versorgt sein und 7 der 9 Gymnasien Ende 2016. Für besonders wichtig halten wir die Versorgung der Gewerblichen Schulen in diesem Haushalt und v.a. für die Klassen junger Flüchtlinge. Ob eine 0,75 Stelle Schulsozialarbeit pro Schule in der Regel und auf Dauer ausreicht, bezweifelt unsere Fraktion sehr. Aber das wird sich spätestens zeigen, wenn erst mal alle Schulen diesen Mindeststandard haben.

Das Schulkind-Betreuungskonzept als Ergänzung und als Ersatz für den langwierigen Ausbau in Ganztagsgrundschulen bis 2050 schätzen wir als sehr wertvoll und notwendig ein. Unsere Fraktion hält die Schlussfolgerungen, die in dieser Drucksache gezogen werden, nämlich Leitungsstellen zu schaffen, um eine qualitätsvolle Nachmittagsbetreuung sicherzustellen, mit einem pädagogischen Konzept, das zur Schule und den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler passt, für richtig. Der dafür notwendigen 1/2 Million Euro stimmen wir sehr gerne zu, weil wir davon überzeugt sind, dass diese Investition wirklich wichtig ist. Mit der beschlossenen Aufteilung, 50 % in städtischer Hand und 50 % in Verantwortung freie Träger zu vergeben waren wir ja auch einverstanden. Wir möchten dies mit der dringenden Bitte verbinden, wohlwollend die bestehenden Elterninitiativen an Schulen wie der Clara-Grunewald oder der Paul-Hindemith-Schule als freie Träger zu berücksichtigen, da sie letztendlich die Vordenkerinnen dieser Konzeption sind und schon langjährige Erfahrung damit haben – auch was die Ansprüche an Qualität und Personalausstattung betrifft. Dabei geht es uns auch um die Weiterbeschäftigung der in diesem Bereich tätigen Frauen. Auch wenn sie womöglich nicht die entsprechende Ausbildung nachweisen können, so verfügen sie doch über langjährige Erfahrungen in der Schulkindbetreuung, die von den Eltern sehr geschätzt wird.

Die Regelung der Geschwisterbeiträge ist ein längst überfälliger Beschluss, der dem Rechnung trägt, dass Familien mehrere Kinder entweder in einer Schule, einem Hort oder einer Kita haben und nun eine Ermäßigung für das 2. und 3. Kind erhalten, auch wenn sie nicht mehr gemeinsam in der Kita sind. Dass der Gesamtelternbeirat mit dieser Vorlage dennoch nicht einverstanden ist, verstehen wir völlig und werden ihr auch nicht zustimmen. Denn die Geschwisterermäßigung gilt demnach immer für die günstigere Betreuungsform. So müssen Eltern also für ihr zweites Kind in der Kita den teureren vollen Beitrag bezahlen und für ihr erstes Kind in der Grundschule bezahlen sie eine reduzierte Betreuungspauschale für die ohnehin preiswertere Nachmittagsbetreuung. Das ist weder logisch noch familienfreundlich. Die Verwaltung behauptet, eine generelle Geschwisterermäßigung auf den Kita-Beitrag würde 2,3 Mio. Kosten pro Jahr verursachen, während der vorliegende Beschluss 110 T€ in diesen zwei Haushaltsjahren kosten wird. Wie sie das gerechnet hat, konnte das Amt für Schule und Bildung nie plausibel darlegen. Der Millionenbetrag hat den

GEB wie den Gemeinderat jedoch davon abgehalten, auf die familienfreundlichere Lösung zu bestehen. Mit dem heutigen Beschluss darf dazu nicht das letzte Wort gesprochen sein.

Wir müssen die Kosten für die Bildung senken! Für die Eltern mit mittleren Einkommen nehmen die Belastungen immer mehr zu und sind zusammen mit den steigenden Mieten für immer weniger Familien bezahlbar. Eltern bezahlen ja nicht nur Kita-Gebühren und Nachmittagsbetreuungskosten an Schulen, sondern auch die Schüler/innen-Regiokarte, die inzwischen 29 Euro kostet, die Spindgebühren in den Schulen, die Bücher und Materialien, die Schulausflüge und Landschulaufenthalte und siehe den nächsten TOP des Gemeinderats, auch das Schulmittagessen. Das Alles müssen Familien aufbringen für die Bildung ihrer Kinder - viel zu viel und unserer Meinung müsste all das kostenlos sein.

Das Mittagessen ist Bestandteil von Ganztagschule. Künftig soll es einheitlich 3,90 € kosten, ein sehr hoher Preis und weitere 75 Euro Belastung pro Monat für die Eltern. Ein höchst mittelmäßiges Essen, von Caterern zubereitet, geliefert und ausgeteilt und die Reste wieder eingesammelt, wird künftig durch die Stadt mit 380.000 Euro bezuschusst werden. Muss das wirklich sein? Es geht auch besser, so wie an der Staudinger: Hier gibt es noch eine echte Mensa, mit einer Küche, in der durch städtische Köchinnen und ehrenamtliche Küchenhilfen gekocht und serviert wird. Das kostet die Stadt natürlich auch Geld, aber die Eltern werden weniger belastet. Und vor allem bietet diese Form in jeder Hinsicht mehr Qualität, denn ein festes Küchenpersonal trägt eben auch zur Identifikation der Kinder mit ihrer Schule bei. Das gemeinsame Essen ist wichtiger Teil des Schulalltags und das Outsourcen an Caterer nicht der richtige Weg. Leider haben die meisten Schulen inzwischen nur mit einer Cafeteria, aber keine große Schulküche, deshalb wünschen wir uns zumindest eigenes Personal für die Essensausgabe, auch weil sie feste Bezugspersonen für die Kinder und die Schulen wären. Die Mooswald- und die Richard-Mittermaier-Schule praktizieren dieses Modell, der Essenspreis beträgt 3,20 und die jährlichen Personalkosten 36.000 €. Das sollte es uns zumindest wert sein.

Diese Drucksache werden wir ablehnen, weil wir das Gesamtkonzept „Fremdvergabe von Mittagessen“ nicht für akzeptabel halten – weder für die Schulkinder selbst, noch für die Eltern deren Kosten. Wir hoffen auch, dass die Bürgermeisterin nicht auf die Idee kommt, dieses Essens-Konzept und diesen hohen Preis auch noch auf die Kitas übertragen zu wollen. Im Gegenteil: wir bitten Sie sehr, weiter nach besseren und preiswerteren Lösungen für die Eltern zu suchen, auch wenn der städtische Zuschuss dafür erhöht werden muss.